

Absender:  
Arndt Müller  
Virchowstraße 6  
19055 Schwerin

An das  
Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und  
Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern

Die Ministerin  
Frau Bettina Martin  
  
Schloßstraße 6-8  
19053 Schwerin

**Ihr Schreiben vom 13.04.2026**

Geschäftszeichen: 354-301xx-2013/006-317

Rückantwort auf den Offenen Brief vom 27.10.2025  
„Kein Denkmalschutz für die Lenin-Statue in Schwerin -  
kein Denkmal für den Ursprung von Gewalt und Unterdrückung“

Schwerin, den 31.05.2026

Sehr geehrte Frau Ministerin Martin,

für das Antwortschreiben Ihres Hauses vom 13. April 2026, mit dem Sie auf den Offenen Brief vom 27.10.2025 reagieren, danke ich Ihnen. Es wirft jedoch grundlegende Fragen auf, die ich – stellvertretend für die Unterzeichner:innen des Offenes Briefes – in dieser Form nicht unbeantwortet lassen kann.

Zunächst ist festzuhalten, dass Ihr Schreiben eine zentrale Tatsache offenlegt, die im bisherigen Verfahren weder gegenüber der Öffentlichkeit noch gegenüber der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin transparent gemacht wurde. Nach Ihrer Darstellung besteht der Denkmalschutz für die Lenin-Statue in Schwerin bereits seit dem Jahr 2017, da zu diesem Zeitpunkt der Denkmalwert festgestellt worden sei.

Diese Information steht in einem eklatanten Widerspruch zu dem Verfahren, das seit 2025 gegenüber der Stadt Schwerin betrieben wurde. Die Stadt wurde – acht Jahre nach der angeblichen Feststellung des Denkmalwertes – im Rahmen eines Anhörungsverfahrens beteiligt, das aus heutiger Sicht den Eindruck erweckt, als gehe es um eine noch offene Entscheidung. Tatsächlich, so Ihr Schreiben, war die entscheidende rechtliche Weichenstellung bereits 2017 erfolgt.

Dies wirft aus meiner Sicht mehrere schwerwiegende Fragen auf:

1. Warum wurde weder die Stadt Schwerin noch ihre gewählten Gremien seit 2017 über die bestehende Denkmaleigenschaft informiert?
2. Warum wurde in der Beschlussvorlage der Stadtverwaltung dieser Umstand, das also bereits seit 2017 die Denkmaleigenschaft festgestellt wurde, nicht offengelegt, obwohl er für die politische Bewertung von zentraler Bedeutung ist? (Die der Stadtvertretung vorgelegte Denkmalwertbegründung des LAKD datiert vom 24.7.2025)
3. Welchen Sinn hat ein im Jahr 2025 beginnendes Anhörungsverfahren, wenn die rechtliche Bewertung bereits Jahre zuvor abgeschlossen wurde?

Unter diesen Umständen entsteht zwangsläufig der Eindruck, dass die kommunale Beteiligung im vorliegenden Fall lediglich formalen Charakter hatte. Eine echte Mitwirkung der Stadt Schwerin – insbesondere ihrer gewählten Stadtvertretung – war faktisch nicht mehr möglich.

Besonders irritierend ist in diesem Zusammenhang, dass Ihr Schreiben in keiner Weise auf die inzwischen gefasste Beschlusslage der Stadtvertretung Schwerin eingeht, die sich ausdrücklich gegen den Denkmalschutz der Lenin-Statue ausgesprochen hat. Stattdessen wird allein auf die formale Rechtslage verwiesen und die Verantwortung im Weiteren auf die Stadt als Eigentümerin verlagert.

Damit wird jedoch ein zentrales Problem deutlich. Die derzeitige Ausgestaltung des Denkmalschutzrechts in Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht es dem Land, gegen den ausdrücklich erklärten Willen einer Kommune und ihrer demokratisch legitimierten Vertretung Entscheidungen von erheblicher politischer und gesellschaftlicher Tragweite zu treffen.

Dies ist aus meiner Sicht nicht nur politisch problematisch, sondern untergräbt auch das Vertrauen in transparente und faire Verfahren staatlichen Handelns.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der im bisherigen Verfahren keine angemessene Berücksichtigung gefunden hat: die gesellschaftliche und moralische Dimension der Entscheidung. Bereits 2016 haben Überlebende von politischer Verfolgung und Lagerhaft gegen die Präsenz der Lenin-Statue und für eine Würdigung der Opfer kommunistischer Regime und des Widerstandes gegen die kommunistischen Diktaturen protestiert. Der später erfolgte Umgang mit der Denkmaleigenschaft – insbesondere ihre jahrelange Nicht-Kommunikation – verstärkt heute den Eindruck, dass diese Perspektiven vom LAKD und Ihrem Haus nicht ernsthaft in die Entscheidungsprozesse einbezogen wurden.

Vor diesem Hintergrund empfinde ich das Antwortschreiben Ihres Hauses als unzureichend. Es beschränkt sich auf eine formale Rechtsdarstellung, ohne auf die offenkundigen Widersprüche im Verfahren, die fehlende Transparenz sowie die demokratisch gefassten Beschlüsse auf kommunaler Ebene einzugehen. Er würdigt zudem in keiner Weise das verdienstvolle Wirken der den Offenen Brief unterzeichnenden Persönlichkeiten, die – teilweise aus direktem persönlichen Erleben von Gewalt und Repression während der Zeit

kommunistischer Diktaturen – ihr Leben der Aufklärung der Mechanismen dieser Unrechtsregime und dem Kampf für Demokratie und Freiheit widmen.

Ich halte es daher für dringend geboten,

- die Verfahrensweise im konkreten Fall umfassend aufzuarbeiten,
- den formulierten Willen der Schweriner Stadtvertretung zu respektieren und danach zu handeln
- die Informations- und Beteiligungsrechte der Kommunen im Denkmalschutzrecht des Landes kritisch zu überprüfen und
- sicherzustellen, dass bei Entscheidungen von solcher Tragweite künftig Transparenz, frühzeitige Einbindung und echte Mitwirkung gewährleistet sind.

Unabhängig vom konkreten Fall der Lenin-Statue stellt sich die grundsätzliche Frage, ob das bestehende Denkmalschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern den Anforderungen an demokratische Beteiligung und kommunale Selbstverwaltung in ausreichendem Maße gerecht wird.

Ich bitte Sie daher um eine erneute Stellungnahme, die sich nicht allein auf die formale Rechtslage beschränkt, sondern die aufgezeigten inhaltlichen und verfahrensbezogenen Kritikpunkte ernsthaft aufgreift.

Zudem möchte ich daran erinnern, dass mein persönliches Schreiben an Sie in dieser Angelegenheit vom 10.10.2025 bislang unbeantwortet geblieben ist. Auch dies trägt leider nicht zu einem vertrauensvollen Umgang in einer derart sensiblen Frage bei.

Mit freundlichen Grüßen



Arndt Müller

Mitglied der Stadtvertretung Schwerin und  
Mitunterzeichner des Offenes Briefes  
„Kein Denkmalschutz für die Lenin-Statue in Schwerin...“  
vom 27.10.2025